



Fragestunde

Gestützt auf Art. 59 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates (SRV 13) findet einmal jährlich eine Fragestunde statt. Es kommen 14 Frageschreiben zur Beantwortung.

Schreiben 1 (Anita Hug, SVP) – Projekt Schmiedgasse - Stillstand, oder?

An der letzten Fragestunde im Jahr 2024 wurde mir mitgeteilt, auf die gestellten und eingereichten Fragen, dass man sich bei diesem Projekt in der Finalisierungsphase befinden würde und man noch im Jahr 2024 mit einer Baubewilligung rechnen dürfte.

Bis dato ist bei diesem gesamten Projekt offenbar ein Stillstand vorhanden und der Schandfleck Schmiedgasse rottet weiterhin. Folgende Fragen stellen sich daher erneut:

1. *Musste das Projekt geändert oder redimensioniert werden, was auch zur Folge haben könnte, dass der Sandbüel noch nicht verkauft werden konnte?*
2. *Wenn ja, wieso und was musste, geändert werden? Was war der Auslöser dafür?*
3. *Ist ein Fehler allenfalls bei der Gemeinde zu suchen?*
4. *oder ist die Käuferschaft für das gesamte Projekt abgesprungen? – inkl. den Ersatzbauten an der Schmiedgasse (Mietwohnungen), die der Bevölkerung vor Jahren an der Wandelbar vorgestellt wurden?*
5. *Wo stehen wir heute mit diesem Projekt?*

Beantwortung Sandra Nater, Gemeindevizepräsidentin

Zusatzfrage Anita Hug

Antwort Sandra Nater, Gemeindevizepräsidentin

Schreiben 2 (Anita Hug, SVP) – Projekt Nordhalde - Vermarktung

Das Projekt / Gewerbegebiet ist eine schleppende Angelegenheit. Gerne möchte ich folgende Fragen beantwortet haben.

1. *Wieviel Kosten wurden bereits seit dem Kauf in die Nordhalde gesteckt (Zäune, Trottoir, Erschliessungen, Beläge, Strassenlampen etc.)?*
2. *Gerade die Feinerschliessung mit Trottoir macht vor einem Verkauf und Bau meines Erachtens wenig Sinn, denn es könnte eine zukünftige Käuferschaft bezüglich Entfaltungsmöglichkeiten einschränken? Wieso erfolgte die Feinerschliessung schon?*
3. *Gibt es eine Verzinsung seit dem Kauf der Nordhalde? Wenn ja, wie hoch ist diese?*
4. *Was war der Auslöser, dass hier bereits ein fertiges Projekt vorhanden ist, dass Einschränkungen für eine mögliche Käuferschaft sein kann und ist? Gibt es keine Möglichkeiten, für Abweichungen, sodass der Verkauf besser und interessanter gestaltet werden könnte? Gewerbebauten sollten doch Möglichkeiten offenlassen können, um Infrastrukturen besser für die Käuferschaft / Benutzer einfließen lassen zu können? Quartierplanänderung-/ Anpassungen sollten doch möglich sein?*



5. Warum werden immer Projektstunden erwartet, obwohl dies wohl kaum auf einer gesetzlichen Grundlage beruhen dürfte? ...die Bautätigkeit kann enorm verzögert werden?

Beantwortung Glen Aggeler, Gemeinderat

Zusatzfrage Anita Hug

Antwort Glen Aggeler, Gemeinderat
Max Eugster, Gemeindepräsident

Schreiben 3 (Anita Hug, SVP) – Stellenprozente - Befristungen

An der letzten Einwohnerratssitzung wurden die steigenden Stellenprozente wiederum sehr stark bemängelt. Danach, in kurzer Frist, durften wir alle mitlesen, dass hier und dort wiederum Stellenprozente aufgestockt wurden, sogar Aufstockungen bis zur Pensionierung.

Daraus ergeben sich bei mir folgende Fragen:

1. *Ist es dem Gemeinderat nicht wichtig, was der Einwohnerrat bemängelt? Kann es sein, dass wir aneinander vorbeireden?*
2. *Was ist der Auslöser, dass Aufstockungen von Stellenprozentsen trotzdem erfolgen? Ist es nicht an der Zeit Arbeitsabläufe / mögliche Optimierungen vorzunehmen, um dem Ausweichen zu können? Mögliche Ressourcen zu bündeln, um allenfalls mehr Effizienz einbringen zu können?*
3. *Wie kommt es, dass die Gemeinde befristet Anstellungen vornimmt, dass für einen Angestellten einfach eine neue Stelle geschaffen wird, welche dem Betroffenen bis zur Pension als Fallschirm dient?*

Beantwortung Max Eugster, Gemeindepräsident

Schreiben 4 (Yvonne Strässle, Die Mitte) – Kürzung der J+S-Gelder

(Anmerkung: Das Frageschreiben wird durch Einwohnerrätin Yvonne Strässle zurückgezogen.)

Schreiben 5 (Karin Jung, FDP) – Wie weiter bei der Ruine Rosenberg?

Im Voranschlag 2025 hatte der Gemeinderat eine Investition in die «Standfestigkeit der Mauer» der Ruine Rosenberg im Umfang von netto Fr. 570'000.- geplant (Fr. 800'000.- Investition abzüglich Fr. 230'000.- Beiträge von Denkmalpflege und Heimatschutz).

Aufgrund der angespannten Finanzlage der Gemeinde Herisau hat sich der Einwohnerrat anlässlich der Sitzung vom 27. November 2024 mit 19 Ja- zu 9 Nein-Stimmen entschieden, diese Investition aus dem Voranschlag 2025 zu streichen, bis sich die Finanzlage der Gemeinde Herisau wieder entspannt hat. Gleichzeitig wurde der Gemeinderat aufgefordert, alternative Finanzierungsmöglichkeiten für diese Sanierung - beispielsweise über Stiftungen - zu prüfen.

Ich bitte den Gemeinderat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. *Welche Aktivitäten zur Prüfung von alternativen Finanzierungsmöglichkeiten hat der Gemeinderat seit der Einwohnerratssitzung vom November 2024 unternommen? Wie ist der Stand der diesbezüglichen Abklärungen?*
2. *Ist es für den Gemeinderat - zusätzlich zur Prüfung alternativer Finanzierungsmöglichkeiten - denkbar, den Auftrag zur Sanierung einem historischen Verein bzw. Freiwilligen zu erteilen?*
3. *Wie sieht die weitere Planung des Gemeinderats bezüglich der Sanierung der Ruine Rosenberg aus: Timing, Option einer Mindest- versus eine Maximalvariante?*

Beantwortung Glen Aggeler, Gemeinderat



Schreiben 6 (Urs Signer, FDP) – Situation Chlebbach?

Vor einigen Jahren wurde der Chlebbach während einem Starkregen bei der Unterführung der Appenzeller Bahn mit Schubmaterial verstopft, sodass das Wasser das Bahntrasse und das Gelände darunter überschwemmte. Danach wurden Stimmen laut, dass dagegen etwas unternommen werden sollte. Nach meinem Informationsstand ist die Situation aber immer noch die Gleiche wie vor diesem Gewitter. Darum meine Fragen:

1. *Wird gegen diese, nach meinem Erachten, Zeitbombe etwas unternommen?*
2. *Wenn ja, was wird konkret gemacht?*
3. *Wie sieht allenfalls der Zeitplan aus?*

Beantwortung Glen Aggeler, Gemeinderat (in Vertretung von Gemeinderat Peter Künzle)

Schreiben 7 (Matthias Fries, FDP) – Integration von Flüchtlingen mit Schutzstatus S in den Arbeitsmarkt

Der Überfall der Ukraine durch die russische Armee im Februar 2022 und der seither andauernde brutale Krieg haben zu einer starken Fluchtbewegung aus der Ukraine geführt. Die Schweiz hat knapp 70'000 ukrainische Flüchtlinge aufgenommen, wovon rund 400 im Kanton Appenzell Ausser rhoden leben. Der Bundesrat hat den geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainern den Schutzstatus S verliehen, was ihnen erlaubt, in der Schweiz einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, sofern eine Bewilligung vorliegt. Der Bundesrat hat am 28. Mai 2025 für jene Personen mit Schutzstatus S, die seit mindestens drei Jahren in der Schweiz leben, eine Erwerbstätigenquote von 50 Prozent bis Ende 2025 als Ziel festgelegt.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Gemeinderat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. *Wie viele Flüchtlinge mit Schutzstatus S leben aktuell in Herisau?*
2. *Wie viele dieser Flüchtlinge sind ganz oder teilweise in den Arbeitsmarkt integriert?*
3. *Welches sind die Bemühungen der Gemeinde Herisau, was hat sich bewährt und wo liegen die Herausforderungen?*

Beantwortung Max Slongo, Gemeinderat

Zusatzfrage Matthias Fries

Antwort Max Slongo, Gemeinderat

Schreiben 8 (Roman Hutter, SVP) – Urlaubsreglement der Schule Herisau

Im neuen Urlaubsreglement der Schule Herisau ist aufgefallen, dass neu maximal drei zusätzliche Tage für religiöse Feiertage bezogen werden können. Dem Link zufolge, der angehängt ist, sind diese Feiertage ausschliesslich für Kinder anderer Konfessionen, nicht für Christen. Dazu stelle ich folgende Fragen:

1. *Warum prescht die Schule Herisau hier vor, da dies auf kantonaler Ebene nicht so explizit geregelt ist?*
2. *Was spricht dagegen, bei Familien, die religiöse Feste feiern wollen, Jokertage dafür einzuziehen, wie es in anderen Schulgemeinden gemacht wird?*
3. *Wurde die Änderung des Schulreglements durch den Gemeinderat genehmigt? Wenn nicht, wie steht der Gemeinderat zu den neuen Regeln?*

Beantwortung Irene Hagmann, Gemeinderätin

Zusatzfrage Roman Hutter

Antwort Irene Hagmann, Gemeinderätin



Schreiben 9 (Benedict Vuilleumier, FDP) – Abgestellte Fahrzeuge an der Industrie- und Alpsteinstrasse

An der Industrie- und Alpsteinstrasse zwischen der Neuen Steig bis zur AVIA-Tankstelle der Garage Rutz sind seit längerer Zeit zahlreiche Fahrzeuge abgestellt – es dürften gegen hundert sein. Teilweise stehen diese augenscheinlich bereits seit Jahren dort. Es ist unklar, ob sie zum Verkauf angeboten werden oder einfach vor sich hinrosten. Die Situation ist nicht nur optisch störend. Es stellen sich auch Fragen zur Rechtmässigkeit dieser Nutzung sowie betreffend Umweltschutz. In diesem Zusammenhang bitte ich den Gemeinderat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. *Dürfen Autos auf unbefestigtem Grund zur längerfristigen Lagerung abgestellt werden? Stehen diese Autos nicht teilweise in der Gewässerschutzzone?*
2. *Besteht aus Sicht der Gemeinde Handlungsbedarf? Welche Rechtsmittel stehen zur Verfügung?*
3. *Was wurde bislang unternommen und was ist geplant?*

Beantwortung Sandra Nater, Gemeindevizepräsidentin

Schreiben 10 (Karin Eggenberger, Die Mitte) – Förderung Langsamverkehr

Wir stellen das grosse Engagement beim Bahnhof sowie auch bei der möglichen Umfahrung Herisau fest. Uns ist die Förderung des Langsamverkehrs ebenso wichtig. Es sollen möglichst zeitnah gute Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche für Herisau ebenso wichtig sind. Entsprechend stelle ich im Namen unserer Partei nachfolgende Fragen:

1. *Welche Entwicklungen konnten in den letzten zwei Jahren konkret für den Langsamverkehr geschaffen werden?*
2. *Wie steht es mit den Verbindungsachsen für den Langsamverkehr in Richtung Appenzeller Hinterland (Anbindung Waldstatt/Hundwil), nach St. Gallen oder in den Schachen?*
3. *Sind weitere Parkierungsmöglichkeiten für den Langsamverkehr, insbesondere für Fahrräder angedacht?*
4. *Welche Planungen sind diesbezüglich in der Ortsplanungsrevision angestellt?*

Beantwortung Glen Aggeler, Gemeinderat (in Vertretung von Gemeinderat Peter Künzle)

Schreiben 11 (Peter Baumgartner, Die Mitte) – Arealentwicklung Kreckel

Bekanntlich hat der Pächter des landwirtschaftlichen Betriebes der Gemeinde im Chammerholz einen neuen sehr schönen Stall erstellt und damit die Grundlage für nächste Generationen gelegt. Die Stallungen im Kreckel dürften dadurch nun unbenutzt sein. Entsprechend stelle ich im Namen unserer Partei nachfolgende Fragen:

1. *Hat sich der Gemeinderat mit der künftigen Nutzung des Areals Kreckel auseinandergesetzt?*
2. *Welches Ressort ist im Lead und was sind die Absichten?*
3. *Welche Möglichkeiten bestehen heute und welche könnten durch eine geschickte Planung geschaffen werden?*

Beantwortung Sandra Nater, Gemeindevizepräsidentin

Schreiben 12 (Michael Kellenberger, SP) – Energiesparmassnahmen im Winter '22/'23 - Allgemein und Fokus Strassenbeleuchtung; was ist davon geblieben?

Über den Winter 2022/2023 wurden wegen einer potentiellen Strommangellage vielerorts in der Schweiz Sparmassnahmen getroffen. In Herisau, wurde u.a. die öffentliche Strassenbeleuchtung reduziert, indem bspw. gedimmt, die Beleuchtungszeit verkürzt und/oder die Anzahl eingeschalteter Leuchtpunkte verringert wurde (nur jeder zweite Kandelaber). Zu einem Blackout kam es in jenem Winter zwar nicht, aber die Strom-



preise sind auf vergleichsweise hohem Niveau geblieben und dementsprechend auch die Ausgaben für Elektrizität. Über das Sportzentrum war bspw. zu lesen, dass die Anstrengungen zur Reduktion von Stromverbrauch und -kosten, durch das hohe Preisniveau kompensiert wurden. Immerhin: Dank den Investitionen in Effizienzmassnahmen konnten noch höhere Energiekosten vermieden werden.

Sowohl seitens der Bevölkerung als auch der Politik fielen die Reaktionen auf die getroffenen Sparmassnahmen bei der Strassenbeleuchtung nach unserer Wahrnehmung durchwegs positiv aus. Von Sicherheitsbedenken oder Vorkommnissen, welche auf die Massnahmen zurückzuführen waren, haben wir bis heute keine Kenntnis.

Aufgrund dessen stellt die SP-Fraktion die folgenden Fragen:

1. Welche Energiesparmassnahmen des Winters 2022/2023 sind auch bis heute im selben Umfang weitergeführt worden? Hierzu bitte bzgl. Spareffekt relevante Beispiele nennen.
2. Falls man bei den Gemeindestrassen die reduzierte Strassenbeleuchtung nicht beibehalten hat: Gibt es triftige Gründe hierfür?
3. Zwar handelt es sich bei den grösseren Achsen um Kantonsstrassen, aber wird dennoch Einfluss genommen, um auch dort für eine minimale Beleuchtung zu sorgen? Und wie?
4. Falls man zwischenzeitlich wieder zu den ursprünglichen Gewohnheiten zurückgekehrt ist, bei welchen der damaligen Energiesparmassnahmen wäre der Gemeinderat bereit, sie erneut und dauerhaft umzusetzen?

Beantwortung Glen Aggeler, Gemeinderat (in Vertretung von Gemeinderat Peter Künzle)

Schreiben 13 (Maria Dudle und Michael Kellenberger, SP) – Externe Schulevaluation - Wie steht es um die Schule(n) in Herisau?

Zitat aus dem «Konzept Externe Evaluation Volksschule» vom 1. August 2023 (V.1):

Das Gesetz über die Volksschule (Volksschulgesetz) vom 27. März 2023 regelt den Auftrag des Kantons und der Gemeinden zur Sicherung und Entwicklung der Qualität der Volksschule in Appenzell Ausserrhoden.

Nach Art. 52 dieses Gesetzes überprüft das Departement Bildung und Kultur regelmässig die Qualität der Volksschulen und erstattet dem Schulträger Bericht. Zudem trifft es bei wesentlichen Mängeln die erforderlichen Massnahmen und unterbreitet auch dem Regierungsrat Bericht über die Situation im Kanton. In Konzept und Erlassen ist nachlesbar, dass die Schulen sowohl in pädagogischer als auch organisatorischer Hinsicht durch Fachpersonen beurteilt werden. Zudem kommen quantitative und qualitative Aspekte zum Tragen.

Die gesetzliche Grundlage sieht somit keine Pflicht zur Berichterstattung gegenüber der Bevölkerung vor. Anlässlich der Medienmitteilung vom 11. Dezember 2024 nahm die Gemeinde Herisau dies dennoch wahr, was aus unserer Sicht sehr positiv ist. Gemäss diesem attestiert der Kanton der Schule Herisau eine hohe Qualität.

Auch wir sind überzeugt, dass die Mitarbeitenden in der Schulabteilung grundsätzlich sehr gute Arbeit leisten und wir sind uns bewusst, dass es sich bei Lehrpersonen und Schulleitung um anspruchsvolle Berufe handelt. Wie praxistauglich Konzepte und Strategien im Alltag sind und ob sie die Lernenden für den künftigen Berufsalltag optimal vorbereiten, ist wiederum eine andere Frage. Zudem: Das Setting einer angekündigten Evaluation bildet die alltägliche Realität oft nur bedingt ab. Stimmen von Eltern, Lernenden und ehemaligen Lernenden nach zu schliessen, kann der Eindruck entstehen, dass zwischen der öffentlich wirksamen Rhetorik über die Qualität der Schule und der Wahrnehmung über die Wirklichkeit gewisse Dissonanzen bestehen. Daher stellen sich unserer Fraktion die folgenden Fragen:

1. Wir gehen davon aus, dass der Gemeinderat weiss, wie unsere Schulen im kantonalen Schnitt abschneiden. Nebst den lobenden Worten der Medienmitteilung dürfte es auch kritische Voten gegeben haben. Was kann der Gemeinderat hierzu verlauten lassen?
2. Im Konzept zur externen Evaluation steht, dass den Empfehlungen der Fachpersonen mehrheitlich nachgegangen wurde (Bemerkung: Mehr als 50 % = mehrheitlich). Wie steht es in Herisau konkret um diese Quote? Anders gefragt: Hat sie all ihre Hausaufgaben gemacht?



3. *Die Umstellung auf ein Schulentwicklungskonzept, wie bspw. den Herisauer Rahmen, sollte im Zuge einer solchen Beurteilung in irgendeiner Form sichtbar werden. Hat er sich bewährt und falls ja, worin widerspiegelt sich dies?*
4. *Welche quantitativen Kriterien kommen zur Anwendung, um Aussagen darüber zu machen, wie die Schulen pädagogisch und organisatorisch aufgestellt/unterwegs sind?*
5. *Jede Schulführung kann gemäss Konzept ein relevantes Entwicklungsthema festlegen. Falls nicht vertraulich, bitten wir um Bekanntgabe, um welche es sich in Herisau handelt.*

Beantwortung Irene Hagmann, Gemeinderätin

Schreiben 14 (Michael Kellenberger, SP) – Dringlichkeit einer Wärmeverbundlösung in der Herisauer Kernzone

In den vergangenen Jahren wurde viel über das Herisauer Dorfzentrum gesprochen. Hierbei standen drei Sichtweisen im Vordergrund: Baualtersbedingten Sanierungen, die ästhetische Aufwertung und verkehrstechnische Elemente inkl. Parkierung und Barrierefreiheit. Aus meiner Sicht kommt eine vierte Perspektive hinzu, welche mit der Inkraftsetzung des revidierten kantonalen Energiegesetzes per 1.1.2023 massiv an Relevanz gewonnen hat: Die Versorgung von Gebäuden mit Wärmeenergie. So ist es heute nicht mehr möglich, mit fossilen Energieträgern betriebene Heizungen 1:1 zu ersetzen. Stattdessen müssen diese durch Systeme ausgetauscht werden, die auf erneuerbaren Energieträgern basieren oder die Gebäudehülle muss aufwändig saniert werden – oder bestimmte Kombinationen davon. Die Rede ist von sogenannten Standardlösungen. Die Krux dabei ist, dass im engbebauten Dorfzentrum mehrere dieser Standardlösungen nicht zur Wahl stehen (wegen Lärm, Untergrund, Platzverhältnissen u.a.m.). Dies stellt einige Gebäudeeigentümerschaften vor Probleme. Dabei stehen nicht Präferenzen bzgl. Parkieren oder Ortsbild im Vordergrund, sondern es handelt sich um Notwendigkeiten für die Zentrumsbevölkerung!

Der Umstand, dass bestimmte grössere Verbraucher – auch der öffentlichen Hand – sich aktuell nach einer Nachfolgelösung umsehen, ist ideal, denn Grossbezügler, auf die man zählen kann, sind wichtig für die Realisierbarkeit eines Wärmeverbundes. Es ist auch bei den kleineren Bezüglern sowohl energetisch, als auch finanziell ineffizient, wenn auf engem Raum, jede Grundeigentümerschaft für sich in ein eigenes Heizsystem investiert. Es erstaunt daher nicht, dass der «Masterplan Energie» der Gemeinde die Etablierung eines zentralen Verbundes empfiehlt.

Mit der Bereitstellung eines Wärmenetzes würde den Eigentümerschaften eine Standardlösung geboten, die sich für Kernzonen ideal eignet. Sie fällt umso günstiger aus, je höher die Anschlussdichte ist – daher wenn mehr Eigentümerschaften anschliessen, bevor sie sich für ein anderes System entscheiden müssen. Die Frage des (frühen!) Timings ist daher essenziell. In diesem Zusammenhang stellen sich unserer Fraktion die folgenden Fragen:

1. *Falls die Suche nach einem geeigneten Standort für eine Wärmezentrale im Zentrum länger dauern sollte: Wurde schon in Erwägung gezogen, mit einem provisorisch installierten Heizkessel zu starten?*
2. *Wie einleitend angeführt, nimmt die Bedeutung von Gas und somit auch von der entsprechenden Leitungsinfrastruktur ab. Was sieht der Gemeinderat im Rahmen der Ortsplanungsrevision (Richtplan Energie!?) diesbezüglich vor?*
3. *Grundsätzlich setzt man für die Umsetzung und den Betrieb von Wärmeverbünden auf Contracting-Lösungen. Hierzu wären aber Planungen und vorbereitende Massnahmen nötig, welche eigene Mittel erfordern. Könnten für wenige Jahre gegebenenfalls Mittel aus der kommunalen Energie-Förderung eingesetzt werden?*

Beantwortung Glen Aggeler, Gemeinderat (in Vertretung von Gemeinderat Peter Künzle)